

# PRESSEBERICHT



TELEGRAMM-ADRESSE: INTRANSFE-AMSTERDAM

SITZ: AMSTERDAM (HOLLAND) VONDELSTRAAT 61

FERNSPRECHER 20186

95

22.

23. Oktober 1925.

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.).

Ein Protesttelegramm der I.T.F. an den ungarischen Justizminister.  
(ITF) Aus Anlass der neuen Arbeiterverfolgungen in Ungarn hat das Sekretariat der I.T.F. das nachstehende Telegramm an den ungarischen Justizminister gerichtet: "Erheben energisch Protest gegen die Strafmassnahmen und das barbarische Vorgehen gegenüber Julius Lukács und andere unter dem Vorwand kommunistischer Treibereien. Verlangen nachdrücklich Infreiheitsetzung der Beschuldigten."

## Eisenbahner.

Eine Verfügung der deutschen Reichsbahngesellschaft über passive Resistenz. (ITF) Die deutsche Reichsbahngesellschaft scheint offenbar zu befürchten, dass die deutsche Eisenbahnerschaft unter Umständen dazu übergehen könne, sich bei der Dienstausbübung streng an die Vorschriften zu halten. Wenigstens erscheint es ihr geboten, in einer Verfügung an ein Urteil zu erinnern, das im Juni ds. Js. zur Frage der passiven Resistenz gefällt worden ist und das passive Resistenz einem Bruch der Arbeitsverträge gleichstellt. "Zwar ist", so wird in dem Urteil festgestellt, "die passive Resistenz als verbotenes Kampfmittel im Tarifvertrag nicht ausdrücklich aufgeführt, aber der in dem Bescheide vom 30. April 1923 geäußerten Ansicht des Reichsarbeitsministers, dass passive Resistenz kein Streik sei, kann nicht beigepflichtet werden. Sie ist sogar schlimmer als ein Streik, denn sie will die Streikwirkung ohne nachteilige Folgen für die Arbeiter erreichen.... Passive Resistenz ist daher ein unlauteres Kampfmittel, ein verschleierter Streik."

Demgegenüber wird von Arbeiterseite erklärt, dass passive Resistenz nur in der genauen Einhaltung der Vorschriften bestehe. Kommt es dadurch zu Betriebsstockungen, so liege dies an den Vorschriften. Diese zu befolgen sei keine "Arbeitsniederlegung", sondern "Pflichterfüllung".

Zunahme der Eisenbahnunfälle in Deutschland. (ITF) Einer Denkschrift zufolge, die die Verwaltung der deutschen Reichsbahn dem Reichstag unterbreitet hat, betrug die Zahl der Betriebsunfälle auf 1 Million Zugskilometer

im Jahre 1913	4,66
" " 1923	6,23
" " 1924	6,33

Auf eine Million Zugskilometer der Personenzüge zählte man im Jahre 1913 1,83 getötete und verletzte Reisende; im Jahre 1924 dagegen 3,19, was einer Steigerung von 74 % entspricht.

Die Forderungen der englischen Eisenbahner vor dem Landes-Lohnamt. (ITF) Die im Dezember vorigen Jahres seitens des englischen Eisenbahnerverbandes und der Vereinigung englischer Eisenbahnkanzlisten eingereichten Forderungen und die einige Monate später seitens der Eisenbahngesellschaften erhobenen Gegenforderungen werden nun dem Landeslohnamt (National Wages Board) unterbreitet. Bekanntlich hatten die beiden Personalorganisationen eine allgemeine Erhöhung der Löhne gefordert, während die Eisenbahngesellschaften

eine Herabsetzung der Wochenlöhne um sechs Schilling in ländlichen, und um vier Schilling in industriellen Bezirken beantragten. Verhandlungen, die am 14. Oktober vor dem Central Wages Board stattfanden, führten wie zu erwarten war zu keiner Verständigung.

Die britischen Eisenbahner fordern Pensionsberechtigung. (ITF)  
Der englische Eisenbahnverband hat seit einiger Zeit eine Bewegung eingeleitet mit dem Ziele, für alle Grade der Eisenbahnerschaft Pensionsgenuss zu sichern. Da das Central Wages Board zur Behandlung dieser Frage unzuständig ist, wird die Forderung des Verbands eine besondere bald einzuberufende Sitzung aus Vertretern des Eisenbahnverbandes und der Eisenbahngesellschaften beschäftigen. Teile des Personals umfassende Pensionsversicherungen bestehen noch aus der Zeit, da die heute zusammengeschlossenen Eisenbahngesellschaften noch selbständig waren.

Neue Pensionsregelung der österreichischen Bundesbahnen. (ITF)  
Nach langwierigen Verhandlungen, die sich ein volles Jahr hindurchzogen, sind nunmehr die neuen Pensionsvorschriften für das Personal der österreichischen Bundesbahnen zustande gekommen. Gegenüber den bisher in Geltung gewesenen Bestimmungen weist die neue Regelung in mancher Hinsicht eine Verbesserung auf. Versuchte Verschlechterungen konnten seitens der österreichischen Eisenbahnerorganisation abgewehrt werden. Eine Vollversammlung der Hauptvertrauensmänner der in Wien ansässigen Eisenbahner, die am 7. Oktober in Wien stattfand, hat nach Entgegennahme eines Berichtes die Organisationsvertreter im Zentralausschuss der Personalvertretung ermächtigt, die Pensionsvorschriften in der neuen Form anzunehmen.

Eine Landesversammlung des entlassenen Eisenbahnpersonals in Finnland. (ITF) Die in 1918 aufgrund ihrer gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit entlassenen Eisenbahner Finnlands hielten kürzlich eine Versammlung ab, an der sich Delegierte aus dem ganzen Lande beteiligten. Zunächst wurde ein Bericht über die Bemühungen der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion zugunsten der Entlassenen entgegengenommen und dieser Dank ausgesprochen. In der Versammlung wurde festgestellt, dass wohl ein Gesetz besteht, das die Wiedereinstellung der entlassenen Eisenbahner ermöglicht, dass aber dieses Gesetz durch die Behörden sabotiert wird. So wird u.a. die Wiedereinstellung von dem Beitritt zu der Bürgerwacht, einer Art faschistischer Verteidigungsorganisation, bzw. von einem Nachweis guter Führung seitens dieser Organisation abhängig gemacht. Wer diese Voraussetzungen zu erfüllen ablehnt, hat keine Aussicht auf Wiedereinstellung. Erfolgt diese doch, so werden dem Betreffenden die alten Anrechte vorenthalten. Die Versammlung beschloss, ihre Arbeit im Interesse der Entlassenen fortzusetzen.

Eisenbahn und Auto in Schweden. (ITF) Während der Verkehr der schwedischen Staatsbahn zufolge einer Erklärung des Generaldirektors durch das Aufkommen von Kraftwagenlinien gewonnen hat und auch die grösste schwedische Privatbahn Bergslagens järnvägar nicht benachteiligt worden ist, macht sich die Konkurrenz des Autos für die übrigen Privatbahnen sehr empfindlich bemerkbar. Infolgedessen hat sich deren wirtschaftliche Lage in der letzten Zeit nicht unerheblich verschlechtert. Von mehreren Privatbahnen wird nun erwogen, eine Herabsetzung der Betriebs- und Verwaltungskosten durch eine gegenseitige Verschmelzung zu erreichen. So hat die Generalversammlung der durch Mittelschweden führenden Bahn Mellersta Östergötland, wie die "Zeitung des Vereins" berichtet, beschlossen, mit der Privatbahn Norra Östergötland in Verkaufsverhandlungen zu treten oder mit dieser eine Verwaltungsgemeinschaft zu gründen.

Abnahme des amerikanischen Eisenbahnpersonenverkehrs infolge Auto-konkurrenz. (ITF) Die Eisenbahnen der Vereinigten Staaten beförderten im Jahre 1924 um 24% weniger Reisende als im Jahre 1920. Gleichzeitig ging die Einnahme aus dem Personenverkehr von 1287 Mil. Dollar auf 1076 Mill. Dollar zurück. Die Erklärung für diesen Rückgang wird allgemein in der Konkurrenz erblickt, den Vergnügungsautomobile und Autobusse den Eisenbahnen im Nahverkehr bereiten.

Amerikanische Lokomotivführer zum Streik entschlossen. (ITF)  
Zwischen Vertretern des amerikanischen Lokomotivführer- und Heizerverbandes und der Western Maryland Railroad begannen am 5. Oktober Verhandlungen zwecks Beilegung eines Lohnkonfliktes, der bereits seit mehr als zwei Jahren schwebt und dadurch verursacht ist, dass Lokomotivführer, Heizer und Putzer bei der Western Maryland bzw. 24, 32 und 36 Cents weniger verdienen als bei den übrigen Eisenbahnen I. Klasse. Durch eine unter dem Personal vorgenommene Abstimmung ist die Verbandsleitung ermächtigt worden, bei Nichtzustandekommen einer Regelung den Streik zu verkünden. Es ist bemerkenswert, dass die in den einzelnen Branchen zugunsten des Streiks abgegebenen Stimmen zwischen 94 und 98 Prozent aller Stimmen lagen.

Kongress des amerikanischen Verbands des Bahnunterhaltungs- und Werkstättenpersonals. (ITF) Der Verband des Bahnunterhaltungs- und Werkstättenpersonals der Vereinigten Staaten hielt in der zweiten Septemberhälfte in Detroit seinen 22. Kongress ab. Der grösste Teil der Verhandlungen galt der Revision der Statuten und inneren Verbandsangelegenheiten. U.a. wurden Resolutionen angenommen, die erklärten, dass der "Kommunismus für die Lohnbezieher in den Vereinigten Staaten und Canada gefährlich und unerwünscht ist", dass "der Verband seine Loyalität gegenüber den Regierungen der beiden Länder (Vereinigte Staaten und Canada) aufs neue bestätigt", und dass "der Verband seine Aufgaben in der Verbesserung der Löhne, der sozialen und industriellen Verhältnisse des Bahnunterhaltungspersonals erblickt". Der Name des Verbands wurde abgekürzt in "Brotherhood of Maintenance of Way Employees".

Herabsetzung der Eisenbahnerlöhne in Mexiko. (ITF) Bei der kürzlich erfolgten Eröffnung des mexikanischen Parlaments teilte der Präsident Calles mit, dass die Regierung beabsichtige, auf den Staatseisenbahnen Lohnherabsetzungen vorzunehmen im Betrage von jährlich \$ 5,000,000. Das Personal soll gradweise um 14.000 Personen vermindert werden. Der Präsident verband mit dieser Mitteilung die Erklärung, dass Proteststreiks nicht geduldet werden würden.

### Transportarbeiter.

Eine englische Hafendarbeiterdelegation auf dem Kontinent. (ITF)  
In der ersten Hälfte des Monats Oktober besuchte eine aus sechs englischen Hafendarbeitern und dem Leiter der Londoner Hafendarbeitergruppe bestehende Delegation die Häfen von Antwerpen, Rotterdam, Amsterdam und Hamburg, um sich persönlich über die in diesen Häfen bestehenden Arbeitsverhältnisse und Arbeitsmethoden zu unterrichten. Die Delegation wurde bei ihren Erkundigungen überall durch die örtlichen Hafendarbeiter-Organisationen unterstützt.

Ein Schiedsspruch für die kommunalen Strassenbahnbetriebe Deutschlands. (ITF) Seitens des Deutschen Verkehrsbundes war der mit dem Verband kommunaler Strassenbahnverwaltungen geschlossene Reichsmanteltarifvertrag zum 30. September gekündigt worden. Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Tarifvertrages führten zu keiner Verständigung, da der Arbeitgeberverband die auf Verbesserung der Arbeitszeit, der Entlohnungsform, der Ueberstundenregelung usw. gerichteten Forderungen der Strassenbahnerschaft abwies und darüber hinaus noch Verschlechterungen der bestehenden Arbeitsbedingungen durchzusetzen bestrebt war. U.a. forderte er, dass die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit auf neun Stunden festgesetzt werde, dass die Arbeitszeit an Einzeltagen zehn Stunden und in Ausnahmefällen 11½ Stunden betragen darf, und dass für Führer und Schaffner nur die

reine Fahrzeit als Arbeitszeit anzusehen sei. Die Dienstschrift soll grundsätzlich innerhalb eines Zeitraumes von 14 Stunden liegen, aber bis auf 16 Stunden heraufgesetzt werden können. Infolgedessen hat das Reichsarbeitsministerium ein Schiedsgericht eingesetzt. Der von diesem gefällte Schiedsspruch hat die Unternehmerforderungen nur unwesentlich gemildert. Die neunstündige Arbeitszeit ausschliesslich Wendezeiten wurde bestätigt, sodass praktisch die tägliche Arbeitszeit zehn und mehr Stunden betragen würde. Wendezeiten an den Endhaltestellen sollen, soweit sie mehr als fünf Minuten pro Stunde reiner Fahrzeit betragen, mit nur 30% des Arbeitsverdienstes vergütet werden. Auch die Urlaubs- und Krankenlohnregelung ist verschlechtert.

Der Schiedsspruch hat begreiflicherweise grosse Erregung unter den kommunalen Strassenbahnern hervorgerufen. In Frankfurt a.M. legte das Fahrdienstpersonal (etwa 2000 Leute) bereits die Arbeit nieder und steht seit dem 18. Oktober im Streik. Auch in Barmen in Rheinland-Westfalen ist die Strassenbahnerschaft am 19. Oktober in den Ausstand getreten. Mit weiteren Arbeitseinstellungen ist zu rechnen.

Verlängerung des Manteltarifbes bei der Berliner Hochbahn. (ITF) Durch Schiedsspruch wurden die beiden bei der Berliner Hochbahn bestehenden Tarifverträge in der alten Form auf ein Jahr verlängert. Bekanntlich hatte die Hochbahndirektion den das technische Personal betreffenden Vertrag gekündigt und eine Reihe von Verschlechterungen beantragt. Durch den Schiedsspruch sind diese nun abgewehrt.

Erfolgreicher Streik der Mainflösser. (ITF) Nach einem Streik von drei Wochen gelang es den Mainflössern eine Neuregelung der Löhne durchzusetzen. Dieser zufolge erhöhen sich die Wochenlöhne sofort um 3 Mark, ab 12. Oktober um weitere 3 Mark, und ab 12. November um weitere 2.10 Mark. Die übrigen Tarifbedingungen (Ueberstunden u. dergl.) verbessern sich im gleichen Verhältnis. Durch diese Neuregelung der Löhne ist die Differenz zwischen dem Taglohn der Rheinflösser und der Mainflösser, der vor dem Streik 28 Prozent betrug, auf 16,5 Prozent, und ab 12. November auf 9 Prozent vermindert.

Hafenarbeiter-Registrierung in Manchester. (ITF) Zwischen der Transport and General Workers' Union und der Manchester-Schiffskanal-Gesellschaft geführte Besprechungen lassen die baldige Einführung eines Registrierungssystems zwecks Beständigkeit der Arbeit im Hafen von Manchester erwarten. Mit der Aufstellung eines Registers wurde bereits begonnen.

Eine neue Lohnübereinkunft für die Hafenarbeiter von Nantes. (ITF) Verhandlungen über eine neue Lohnübereinkunft im Hafenbetrieb von Nantes hatten zum Ergebnis, dass der Taglohn auf Frs. 25,75 festgestellt wurde. Dieser Satz soll erhöht werden können, wenn der Teuerungsindex steigt. Ueberstunden sowie Nacht- und Sonntagsarbeit werden mit einem Zuschlag von 33 1/3 Prozent, Ueberstunden bei Sonntag- und Nachtarbeit an Wochentagen mit einem Zuschlag von 50 Prozent, und Ueberstunden bei Nachtarbeit an Sonntagen mit einem Zuschlag von 66 2/3 Prozent vergütet. Bei Errechnung der Zuschläge wird auch die Teuerungszulage berücksichtigt. Bei einem Zuschlag von 33 1/3 Prozent würde der Stundenlohn demnach Frs. 4,30 bei einem Zuschlag von 50 Prozent Frs. 4,85, und bei einem Zuschlag von 66 2/3 Prozent Frs. 5,35 betragen. Bei Behandlung gesundheitsschädlicher oder schmutziger Waren wird ein Zuschlag von Frs. 1,50 bis Frs. 2,50 gezahlt.

Erfolgreicher Hafenarbeiterstreik in Nizza. (ITF) Nach einem kurzen Streik gelang es den Hafenarbeitern in Nizza, einige Lohnverbesserungen durchzusetzen. Die Taglöhne der Hafenarbeiter betragen nunmehr Frs. 27,50 gegen bisher Frs. 25,00. Die Ueberstunden werden mit Frs. 4,40 pro Stunde, Arbeit an Sonntagen mit Frs. 44,00 pro Tag vergütet. Der Taglohn der Kohlenarbeiter ist auf Frs. 30,00 festgesetzt.

Streik französischer Binnenschiffer. (ITF) Da die Unternehmer die von den französischen Binnenschiffern der Rhône und Saone erhobene Forderung, die Löhne um 3 Franken täglich zu erhöhen ablehnten und auch die Herbeiführung eines Schiedsspruches verweigerten, trat das Personal Mitte September in Ausstand. Die Streikparole wurde allgemein befolgt. Wie das Bulletin des französischen Hafentarbeiter- und Binnenschifferverbandes mitteilt, liegen die Arbeitsverhältnisse der Binnenschiffer in dem vom Streik betroffenen Gebiete sehr im Argen. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 13 Stunden während drei Monaten, 12 Stunden während weiteren drei Monaten, und elf Stunden während der übrigen sechs Monate des Jahres. Die Zahl der dienstfreien Tage im Jahre ist nur 24.

Versicherung des Personals der Luftschifffahrt. (ITF) Der kürzlich in Lyon stattgefundene internationale Luftfahrtkongress hat eine Resolution des Inhalts angenommen, dass in Ländern, wo der Flugzeugführer und das an Bord von Flugzeugen und Luftschiffen beschäftigte Personal nicht gegen Betriebsunfälle durch eine allgemeine Versicherung gedeckt ist, obligatorische Versicherung stattzufinden hat.

Für die Einführung eines Registrierungs-Systems der Hafentarbeiter in Queensland. (ITF) Auf einer kürzlich stattgefundenen Delegiertenkonferenz des Hafentarbeiterverbandes in Queensland wurde die Einführung eines Registrierungssystems für die Hafentarbeiter dieses Staates beschlossen.

Der Konflikt bei den Siemens-Schuckert-Werken in Limerick. (ITF) Die Hafentarbeiter von Limerick (Irland) haben das Löschen eines zweiten Schiffes mit Material der Siemens-Schuckert-Werke für die Shannon Elektrizitätswerke abgelehnt, während die Hafenangestellten jede Unterstützung beim Anlegen des Schiffes versagten. Ferner wurde die Lieferung von frischem Wasser und die Behandlung von Kohlen für die Siemens-Schuckert-Büros in Limerick verweigert. Der deutsche Bauarbeiterverband hat die Arbeit in Limerick unter Boykott gestellt.

### S e e l e u t e .

Der Streik englischer Seeleute. (ITF) Soweit Grossbritannien und Südafrika in Betracht kommt, ist der Streik englischer Seeleute beendet, dagegen dauert er in Australien unvermindert fort. In Südafrika wurde am 10. Oktober mit 311 gegen 230 Stimmen eine Uebereinkunft mit den Reedern auf folgender Grundlage geschlossen:

- 1) Die Reeder ziehen alle Verfolgungen zurück;
- 2) Keine Massregelung;
- 3) Keine Verfolgungen bei Rückkehr in Grossbritannien;
- 4) Diejenigen Leute, die wieder in vollen Dienst treten, müssen bei guter Führung auf der Aus- und Rückreise möglichst ordnungsgemäss abgemustert werden;
- 5) Diejenigen Seeleute, deren Schiffe die Rückkehr angetreten haben, sind nach England zurückzuführen und müssen, soweit dies die Zuständigkeit des Reedervertreeters zulässt, bei guter Führung auf der Rückreise ordnungsgemäss abgemustert werden;
- 6) Vor Beendigung der gegenwärtigen Reise ist den Leuten die übliche Gelegenheit zu bieten, die nächste Reise auszuwählen.

Die Annahme dieser Uebereinkunft/erfolgte unter ausdrücklichem Protest gegen die Kürzung der Heuern um £ 1 und unter Aufrechterhaltung der Forderung auf Heuer für die Streiktage.

Vor der Fassung dieses Beschlusses hatten die Seeleute in Südafrika die Bedingungen der Amalgamated Marine Workers' Union in England unterbreitet, die die Annahme empfahl. Drei Tage später hat die Amalgamated Marine Workers' Union, nachdem die Angelegenheit einer Delegiertenkonferenz unterbreitet worden war, den Mitgliedern die Rückkehr zur Arbeit empfohlen. Von diesem Tage an war der Streik somit, soweit Grossbritannien in Betracht kommt, auf die Leute beschränkt, die den Losungen des Streikkomitees folgend, die Wiederaufnahme der Arbeit verweigerten. Am 18. Oktober sahen sich diese hauptsächlich aus Dissidenten der National Sailors' and Firemen's Union bestehenden Leute jedoch zur Aufgabe des Streiks gezwungen,

nachdem sich eine in London stattgefundene Massenversammlung der Seeleute mit einer Stimme Mehrheit in diesem Sinne ausgesprochen hatte. Das Zentrale Streikkomitee äusserte die Absicht, mit der Transport and General Workers' Union zwecks Bildung einer Seeleute-Sektion in Verbindung zu treten.

In Australien ist die Lage so ernst geworden, dass der Richter Powers von dem Federal Arbitration Court eine Konferenz aller an dem Konflikt interessierten Parteien einberufen hat. Von diesem Schritt zeigten sich die Reeder wenig erfreut, da sie bisher Verhandlungen mit den Seeleuten abgelehnt haben. Die Sitzung sollte am 18. Oktober stattfinden, wurde aber vertagt, da die Seeleute verlangten, dass die Verhafteten zuvor in Freiheit gesetzt werden. Die Einberufung der Konferenz wurde von Mr. Powers u.a. damit begründet, dass die Reeder an alle politische Parteien appelliert haben, den Streik zu beendigen, während die englischen Seeleute, die ihr Leben auf jeder im Kriege gemachten Reise eingesetzt haben, die australische Oeffentlichkeit zur Beilegung des Konfliktes angerufen haben. Die Schiffsreeder haben gegen die Einberufung einer Konferenz mit der Begründung protestiert, dass der Konflikt nicht unter die australische Rechtsprechung falle.

Die National Sailors' and Firemen's Union erhielt aus den Vereinigten Staaten das folgende Telegramm:

"Der grosse amerikanische Gewerkschaftsbund, der die Gesamtheit der organisierten Arbeiter in Amerika umschliesst, hat einstimmig eine Resolution angenommen, die die Leiter und Mitglieder der National Sailors' and Firemen's Union of Great Britain zu ihrer entschlossenen Haltung gegen die Roten Zerstörer beglückwünscht."

Der Konflikt in der dänischen Segelschiffahrt. (ITF) Der Ende August begonnene Streik in der dänischen Segelschiffahrt dauert noch fort. Nur die kleineren Reeder haben die Forderungen des Personals erfüllt, dagegen lehnte die Vereinigung der grösseren Reeder bisher jedes Entgegenkommen ab. Der Streik im Betriebe dieser Reeder ist allgemein und wird sowohl in Dänemark als im Ausland durch Sympathieaktionen der Hafendarbeiter unterstützt. Kürzlich ist nun die dänische Seeleuteorganisation zu Verhandlungen eingeladen worden. Es wird erwartet, dass diese zu einer Verständigung führen.

Verschlechterung der Bemannungsskala in Norwegen. (ITF) Im Frühjahr dieses Jahres unternahmen die norwegischen Reeder einen Vorstoss, um die Regierung zur Ausserkraftsetzung der geltenden Bemannungsskala zu bewegen. Bei Ablehnung dieser Forderung sollte die Bemannungsskala derart abgeändert werden, dass nur Schiffe ab 700 Tonnen ihren Bestimmungen unterliegen. Dieser zweiten Forderung hat das norwegische Kabinett kürzlich entsprochen. Bisher betrug die Mindesttonnage eines unter die Bemannungsskala fallenden Schiffes 500 Tonnen.

Ein Aufruf der indischen Quartermeister Union. (ITF) Die kürzlich als Sektion des indischen Seeleuteverbandes errichtete Indian Quartermeister Union (Calcutta) hat zufolge eines Berichtes der Industrial and Labour Information einen Aufruf veröffentlicht, indem sie gegen "das korrupte Bestechungssystem bei der Auswahl der Quartermeister und anderer Seeleute" protestiert, das von dem Stellenvermittler, durch den die Schiffahrtsgesellschaften die Schiffsbesatzungen anwerben lassen, betrieben wird. Es wird die Schaffung eines besonderen Rekrutierungsbüros verlangt. Ausserdem werden folgende Forderungen erhoben:

Herabsetzung der Arbeitszeit der Quartermeister von 12 auf 8 Stunden;

Schutz der Quartermeister gegen Witterungseinflüsse;

Bereitstellung angemessener Kabinen;

Erhöhung der Zahl der Quartermeister von 4 auf 6, andernfalls besondere Vergütung für Ueberstunden.